




Deutscher Bundestag will sich mit dem Zeitungssterben befassen

Deutscher Bundestag will sich mit dem Zeitungssterben befassen
Pressevielfalt in Deutschland wird geringer
Das Verlagshaus Gruner + Jahr hat am heutigen Freitag die Einstellung der "Financial Times Deutschland" angekündigt. Damit fällt nach "dapd" und "Frankfurter Rundschau" binnen weniger Wochen das dritte Qualitätsmedium in Deutschland weg. Dazu erklärt der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bönnsen (Bönstrup):
"CDU/CSU und FDP werden das derzeit grassierende Zeitungssterben im Deutschen Bundestag zum Thema machen. Zusammen mit dem medienpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Burkhardt Müller-Sönksen, halten wir es für dringend erforderlich, dass sich der Ausschuss für Kultur und Medien mit den Folgen der jüngsten Insolvenzen bzw. Zeitungseinstellungen befasst.
Mit dem Aus für die "Financial Times Deutschland" wird die Pressevielfalt in Deutschland erneut geringer. Nach den jüngsten Insolvenzanmeldungen der Nachrichtenagentur "dapd" und der "Frankfurter Rundschau" ist dies ein weiterer schwerer Schlag für die deutsche Presselandschaft. Hinzu kommt der schleichende Zeitungstod im Bereich der Regionalzeitungen.
Gruner + Jahr hat den Wegfall von rund 360 Arbeitsplätzen angekündigt. Für zwei weitere Wirtschaftstitel, "Börse Online" und "Impulse", werde die Möglichkeit eines Verkaufs an einen Investor von außen oder das eigene Management geprüft. Sollten die Gespräche nicht zu einem erfolgreichen Abschluss kommen, würden auch diese Zeitschriften dichtgemacht. Die Existenzen von Hunderten von Journalisten, Anzeigenverkäufer oder Medienwirtschaftler stehen auf der Kippe.
Daher haben wir uns mit unserem Koalitionspartner für die Erörterung der aktuellen Situation der Presselandschaft im Medienausschuss des Bundestages eingesetzt. Wir müssen alles auf den Prüfstand stellen, um zum Erhalt der Pressevielfalt und der damit verbundenen Arbeitsplätze beizutragen. Bereits vor zwei Jahren haben die Koalitionsfraktionen eine Gesprächsreihe zum Qualitätsjournalismus im Medienausschuss initiiert; leider haben wir damit den richtigen Riecher bewiesen. Diese Reihe werden wir auch 2013 fortsetzen, da es sich um grundsätzliche Fragen handelt."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
http://www.cducsu.de
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_515187" width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.